

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei S. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. J. Paube & Co.,
Haasenklein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
heim „Invalidendank“.

Nr. 71.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonntag, 28. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amstliches.

Berlin, 27. Januar. Der König hat dem Landrath Guido Her-
mann August v. Skal in Sauer den Charakter als Geheimer Regie-
rungs-Rath verliehen.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung.

Berlin, 27. Januar. 10½ Uhr. Am Tische des Bundesraths
von Boetticher, von Rameke, Stephan, Scholz u. A.
Nachdem die Wahl von Pilgrim's (Hannover) für gültig erklärt,
wird die dritte Berathung des Etats fortgesetzt.

Beim Etat für den Reichskanzler befragt sich Abg. v. Gar-
linski über die Angriffe des Reichskanzlers gegen die Polen, die sich
aber durch diese unbegründeten Verdächtigungen nicht auf falsche
Bahnen bringen lassen, sondern nach wie vor ihre nationalen Rechte
wahren würden. Der Reichskanzler wolle die Polen zu Prügelungen
der Deutschen machen (ein Ausdruck, den der Präsident als nicht zu-
lässig bezeichnet) und Deutschland sei nicht der Ort der Freiheit, um
die den Polen durch die Verträge garantierten Rechte auch wirklich zu
gewähren. Staatssekretär v. Boetticher verweist jeden Beweis
dafür, daß die Rechte der Polen verletzt worden seien, bestritten die
Thatfache und betrachtet jedes Mitglied des Reichstags als Vertreter
der deutschen Nation, seiner anderen, während v. Garlinski
daran festhält, daß er und seine Freunde die polnische Nation ver-
treten.

Auf eine Beschwerde des Abg. Kayser wegen seiner Auswei-
sung aus Dresden und Zwickau auf Grund des sächsischen Heimaths-
rechts im Widerspruch mit dem Freizügigkeitsgesetz erwidert der sächsi-
sche Bevollmächtigte v. Planitz, daß das alte sächsische Heimathsrecht
diese Ausweisung zulasse und das Reichsgesetz nur insoweit gelte, als
Landesgesetze nicht bereits bestünden.

Abg. Liebknecht erkennt diese Sachlage an, hält aber die
Reichsregierung für verpflichtet die Beseitigung des sächsischen Gesetzes
anzuregen, welchen Wunsch der Staatssekretär v. Boetticher an die
gesetzgebenden Faktoren Sachsens zu adressieren bittet.

Beim Etat des Reichsamtes des Innern fragt Abg. Löwe, ob
für Berlin eine Weltausstellung im Jahre 1885 in Aussicht genom-
men werde.

Staatssekretär v. Boetticher: Ein solcher Wunsch ist von den
verschiedenen Seiten an die Reichsregierung herangetreten, doch haben
sich gewichtige Stimmen dagegen erhoben, zumal bei der kurzen Frist,
welche in den Anträgen bezeichnet war. Die Reichsregierung ist mit
Rücksicht auf die Ueberproduktion auf diesem Gebiet in den letzten
Jahrzehnten zu der Ueberzeugung gekommen, daß man damit nicht so
sehr eilen solle, daß die Vortheile solcher Ausstellungen nicht im Ver-
hältniß zu den großen Aufwendungen des Landes stehen und nur ge-
wissen, recht eng begrenzten Klassen zu Gute kommen. (Allseitige Zu-
stimmung.) Sie glaubt, daß eine Verständigung zwischen den interessirten
Mächten darüber stattfinden müsse, in welchem Turnus und in welchen
Zeitraum diese internationalen Ausstellungen einzutreten haben, und
die Regierung ist zu ihrer Freude der gleichen Auffassung bei den ver-
schiedensten auswärtigen Mächten begegnet. Es ist im Werke, sich
darüber zu verständigen, in welchen Zeitperioden und in welcher Reihen-
folge von den Staaten die internationalen Weltausstellungen stattfinden
sollen. Sollte aber für die Dauer eine solche Verständigung nicht zu
erreichen sein, so ist doch jedenfalls zu erwarten, daß, bevor eine Weltaus-
stellung geplant und in Scene gesetzt wird, eine Verständigung der
interessirten Mächte über Zeit und Ort eintreffe. Es war außerdem
der Wunsch, im Jahre 1885 für Berlin eine internationale Ausstellung
ins Auge zu fassen, um deswillen nicht zu erfüllen, weil bereits seit
einiger Zeit in Italien sehr energig Vorbereitungen für eine Aus-
stellung zu derselben Zeit getroffen werden. Es erschien nicht ange-
messen, diesen Vorbereitungen durch ein Konkurrenzunternehmen ent-
gegenzutreten. Jedenfalls ist eine Ueberführung hier nicht am Platze.
(Beifall.)

Abg. Reichensperger (Krefeld) freut sich darüber, daß eine
Ausstellung in Berlin möglichst in die Ferne geschoben werden soll,
die im Wesentlichen doch nur den Wirthen und Drochsenkutschern zum
Vortheil gereichen, und daher auch von den berliner Wirthen und
Zimmervermietern gewiß intensiv unterstützt werden würde, Johann
von Leuten, welche ihren Namen ans Licht bringen wollen und auf
Ordnung und Titel Jagd machen. Dazu die Vertheilung von Medaillen
in Masse, die nachher Jahre lang auf den Schildern zahlreicher Huden
paradiren, als wäre der prämierte Liqueur der bessere. Die Weltaus-
stellungen haben überhaupt keinen erheblichen Nutzen, und das
Schlimmste ist, daß Leute, die über Steuerdruck klagen, ohne rechten
Grund nach Weltausstellungen rufen.

Abg. Löwe glaubt, daß die Industrie die Stellungnahme der
Regierung dankbar begrüßen werde.
Abg. Lingens macht auf Mängel bei der Beförderung der
Auswanderer via Bremen aufmerksam, und Johansen (Däne)
bezeichnet als Ursachen der starken Auswanderung seiner Landsleute
die Steuerlast, den langen Militärdienst, vor Allem aber die Polizei-
maßregeln der preussischen Regierung. So seien wiederholt nach Däne-
mark ausgewanderte norddieschlesische junge Leute bei ihren Besuchen
in der Heimath zur schleunigen Rückkehr nach Dänemark veranlaßt
worden. Öffentlich würden in das neue Auswanderungsgesetz auch
solche humane Momente aufgenommen, welche solche Uebelstände un-
möglich machten.

Staatssekretär v. Boetticher: Es wird gewiß human konstruirt
werden, aber die Klagen des Vorredners schwerlich beseitigen, die übri-
gens zum großen Theil unbegründet sind. Die dänisch gesinnte Be-
völkerung Norddieschlesiens hat den Polizeidruck nur deshalb empfunden,
weil sie sich den Gesetzen nicht fügen wollte. Die jungen ausgewan-
derten Leute, welche sich in Norddieschlesien vorübergehend aufhalten,
will man deshalb bald loswerden, weil sie ihre Altersgenossen auf-
fordern, ebenfalls auszuwandern, um sich vom Militärdienst zu befreien.
Aus meiner recht milden Praxis in Schleswig habe ich den Eindruck
gemonnen, daß die Sache fest angefaßt werden muß, wenn man Ruhe
und Frieden im Lande haben will. (Beifall.)

Die Frage Samach's, ob der Bundesrath in Ausführung
des Reichstagsbeschlusses vom Jahre 1873 statistische Erhebungen über
die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in der Hausindustrie habe an-
stellen lassen, verneint der Herr Staatssekretär, weil diese En-
quete doch nur bekannte Thatfachen feststellen und unerfüllbare Erwar-

tungen wachrufen würde. Doch will er, wie der Abg. Franz versichert,
die Sache im Auge behalten. Nach einem Vorschlage Richter's
werden zunächst alle Titel erledigt, welche eine Veränderung des Be-
trages der Matrifularbeiträge zur Folge haben könnten. Baumach
und Stengel beantragen die in zweiter Lesung abgelehnte erste
Rate für ein Postdienstgebäude in Erfurt mit 125,000 M. wieder auf-
zunehmen; von Benda und Stengel, so wie Staatssekretär
Stephan treten für den Antrag ein, weil das alte Postgebäude
nicht ausreiche und in schlechtem Zustande sei.

Das Haus genehmigt den Antrag. Ebenso wird ein Antrag
Arnold's genehmigt, die in zweiter Lesung abgelehnte erste Rate
von 80,000 Mark für ein neues Postdienstgebäude in Warburg wieder
aufzunehmen.

Die Budgetkommission beantragt ferner, die beiden Anträge wegen
Errichtung einer Militär-Erziehungsanstalt in Neubreich abzu-
lehnen: den v. Massow's, welcher die Vorlage wiederherstellen
und 290,000 M. als erste Rate für ein Militär-Knaben-Erziehungs-
institut und Unteroffizier-Vorschule bewilligen will, so wie den von
Benda's, der nur die Unteroffizier-Vorschule bewilligen will.

Referent Schrader führt aus, daß der Kommission kein neues
Material vorgelegt sei, namentlich kein ausführliches Projekt für das
Gebäude.

Abg. v. Benda erkennt an, daß die Vorlage nicht genügend
motivirt und vorbereitet sei, was viele Abgeordnete bewegen werde,
den Vorschlag jetzt abzulehnen. Er habe die bestimmte Hoffnung, daß
die Vorlage im nächsten Jahre, wenn sie von der Reichsregierung ge-
nügen ausgearbeitet sei, eine bessere Aufnahme finden werde. Um
über den Sinn der Abstimmung keinen Zweifel aufkommen zu lassen,
ziehe er seinen Antrag zurück. Dagegen hält Abg. v. Massow den
seinigen aufrecht, da die von der Kommission und v. Benda vorge-
brachten Gründe ihn nicht überzeugt hätten; er wird jedoch mit sehr
großer Mehrheit gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien
abgelehnt.

Abg. Richter (Hagen) beantragt die Matrifularbeiträge in den
Etat mit derselben Summe wie im vorigen Jahre einzuführen und
die Bilanzierung des Etats dadurch zu bewirken, daß aus den Ueber-
schüssen des laufenden Etatsjahres 1881-82, welche der Staatssekre-
tär Scholz am 24. November 1881 auf 15½ Millionen Mark veran-
schlagt hat, die fehlende Summe (etwa 10,000,000 M.) entnommen
werde; die vorher beschlossenen Anträge sind deshalb im Voraus be-
rathen worden, um sofort den Fehlbetrag genau berechnen zu können.
Er motivirt seinen Antrag damit, daß es keine gesunde Finanzpolitik
sei, die Ueberüberschüsse, welche vorhanden sind, liegen zu lassen und den
Einzelstaaten durch erhöhte Matrifularbeiträge neue Lasten aufzuerlegen.

Schatzsekretär Scholz bedauert, daß ein so bedeutender Antrag
erst in dritter Lesung gestellt werde. Um Ueberüberschüsse im Sinne des
Art. 74 der Verfassung, welche unter allen Umständen eingestellt werden
müßten, handle es sich hier nicht, denn dieser Artikel beziehe sich nur
auf bereits rechnungsmäßig feststehende, nicht auf erst erhoffte Ueber-
überschüsse. Der Reichstag habe allerdings schon mehrfach derartige noch
nicht festgestellte Ueberüberschüsse in den Etat eingestellt, aber dies sei doch
nur im Falle des dringenden Bedürfnisses und der finanziellen Ver-
legenheit geschehen. Davon könne jetzt nicht die Rede sein. Die
Reichsregierung wolle den soliden aus Preußen übernommenen Tra-
ditionen der Finanzpolitik treu bleiben, daß erst wirklich festgestellte
Ueberüberschüsse zur Verneuerung gelangen. Sollte der Reichstag entgegen
diesen soliden Grundrissen dennoch den Antrag Richter annehmen, so
sei noch nicht abzusehen, welche Stellung der Bundesrath einnehmen
werde; die preussische Stimme werde aber nicht gegen den Etat abge-
geben werden, denn der preussischen Regierung könne es nur willkommen
sein, auf diese Weise für ihre Zwecke größere Summen zur Ver-
fügung zu haben.

Abg. Richter: Der Antrag konnte erst in dritter Lesung einge-
bracht werden, weil man ja in zweiter Lesung durch Abstriche die Ma-
trifularbeiträge vermindern zu können hoffte; dies ist aber nur in Höhe
von 2,000,000 Mark geschehen. Außerdem wissen wir erst seit 10 Ta-
gen, daß der preussische Etat eine Anleihe von nahezu 6 Millionen M.
enthält. Der Reichstag hat einen ähnlichen Schritt schon einmal ge-
than, und zwar auf den Vorschlag der Regierung, welche in den Etat
pro 1880-81 aus den Ueberüberschüssen des Jahres 1879-80 etwa
6,000,000 Mark einstellen wollte. Damals hat die Kommission diesen
Betrag auf 8,000,000 M., der Reichstag auf meinen Antrag auf
16,000,000 M. erhöht, während der auf 20 Millionen Mark bezifferte
Ueberüberschuss sich auf 23 Millionen stellte. Heute sollen nur 2 des prä-
sumirten Ueberüberschusses eingestellt werden. Was wäre das für eine
Finanzpolitik, wenn man in Preußen eine Anleihe aufnehmen und im
Reiche die Ueberüberschüsse liegen lassen wollte. Vielleicht stellt sich der
Ueberüberschuss noch höher als 15 Millionen Mark? (Schatzsekretär Scholz
macht eine Bewegung mit dem Kopfe.) Das wird bestätigt. Warum
sollen wir denn nicht zugreifen? (Heiterkeit.) Ich habe ein Interesse
daran, die Matrifularbeiträge auf gleicher Höhe zu erhalten. Erhöhen
wir sie jetzt, dann haben wir im nächsten Etat 15 Millionen disponi-
bel, um die Matrifularbeiträge zu ermäßigen, wenn man nicht etwa
diesen Betrag zu Ausgaben verwenden will; aber das möchte ich eben
vermeiden.

Schatzsekretär Scholz erklärt, daß der Ueberüberschuss die Regierung
nicht zur Steigerung der Ausgaben veranlassen werde. Von noch hö-
heren Ueberüberschüssen habe er nicht gesprochen.

Die Abgg. Windthorst, v. Minnigerode und v. Kar-
dorff beantragen die Ueberweisung des Richter'schen Antrages an
die Budgetkommission; er sei so wichtig, daß er eine sorgfältige Prü-
fung erfordere.

Abg. Lasker erblickt in dem Vorschlage Richter's den Anfang
einer unsoliden Finanzpolitik und empfiehlt die Ablehnung des Antra-
ges. Die Ueberweisung desselben an die Budgetkommission im letzten
Augenblicke der Berathung könne er nicht annehmen, denn die Kom-
mission könne doch nur zu einem formalen Beschlusse kommen.

Die Abgg. v. Benda und v. Bennigsen geben zur Erwä-
gung anheim, daß die Berathung eines solchen Antrages in der Kom-
mission längere Zeit erfordern würde, so daß an den Schluß des
Reichstages in dieser Woche nicht mehr zu denken sei.

Abg. Richter erklärt, daß er ebenfalls gegen eine Kommissions-
berathung sei, weil dieselbe den Antrag doch nicht klarer stellen werde.

Abg. Windthorst: Es kann nicht darauf ankommen, ob wir
noch ein paar Tage länger hier sitzen, wenn es sich um die Prüfung
eines so wichtigen Antrages handelt.

Abg. Richter (Hagen) glaubt auch, daß die Abgeordneten ver-
pflichtet seien, ein paar Tage länger hier zu bleiben, wenn die Kom-

missionsberathung beschloffen werden sollte. Herr Windthorst habe so
überzeugend für die Ueberweisung an eine Budgetkommission ge-
sprochen, daß er sich dem Antrage anschließe.

Das Haus beschließt unter großer Heiterkeit, den Antrag der
Budgetkommission zu überweisen.

Bei dem Etat der Militärverwaltung fragt Abgeord-
neter Richter den Kriegsminister, ob in der nächsten Session des
Reichstags mit Bestimmtheit die Vorlegung des Gesetzentwurfs betr.
die Fürsorge für die Hinterbliebenen derjenigen Beamten, auf die das
jetzige Gesetz nicht Anwendung findet, zu erwarten sei.

Kriegsminister v. Rameke erklärt, daß die Vorlage nahezu fertig
und in der nächsten Session zu erwarten sei.

Bei der Verwaltung des Reichsheeres bedauert v. Schalscha,
daß die Klagen über die mangelhafte Seelsorge für katholische Sol-
daten noch immer nicht abgestellt seien. Gerade in der Provinz habe
der Kulturfampf wunderbare Blüthen getrieben. Zwei Offiziere, die
er auf die Tribune des Reichstages habe führen wollen, sei bedeutet
worden, davon abzustehen, sie könnten sonst in ihrer Karriere geschädigt
werden. In Posen sei der altkatholische Militärgesellschaft noch immer
im Amt und die Soldaten würden gezwungen, dem von ihm geleiteten
Gottesdienst beizuwohnen.

Kriegsminister von Rameke: Die Befürchtungen der beiden
Offiziere sind durchaus unmotivirt. In Bezug auf den Kirchenbesuch
der Soldaten besteht die Praxis, daß durch Kommandantur-Befehl
zwar die Kompagnien zum Gottesdienst beordert werden, jedoch es dem
Einzelnen überlassen wird, diesem Befehl Folge zu leisten oder nicht.

Abg. Windthorst verkennt nicht die wohlwollende Absicht, die
dieser Verordnung zu Grunde liege, befürchtet aber, daß aus Furcht
vor kulturfämpferischen Vorgehens nur wenige Soldaten von der
Erlaubniß, dem Gottesdienst fern zu bleiben, Gebrauch machen würden,
und bittet darum, bezüglich des Kirchenbesuchs jeden Zwang aufzuheben.
Diesem Wunsch tritt auch der Abg. Graf v. Vallestre bei.

Abg. von Schalscha: Mit meiner Bemerkung über die beiden
Offiziere habe ich dem Herrn Kriegsminister keinen Vorwurf machen,
sondern nur illustriren wollen, welche Früchte der Kulturfampf treibt.
In Posen ist ein Verhör angestellt mit den Unteroffizieren, deren
Frauen die Kinder außerhalb Posen bei einem rite angestellten Geis-
lichen taufen lassen. Sie konnten sich nur helfen mit der Aus-
rede, daß dies wider ihren Willen geschehen sei.

Abg. Franz tritt gleichfalls für Aufhebung des zwangsweisen
Kirchenbesuchs ein.

Abg. Bruns (Mannheim): Das große Wohlwollen, welches
die Militärbehörden in der letzten Zeit gegenüber den katholischen
Soldaten gezeigt haben, haben auch wir noch bedauert. Bei der
Anstellung von katholischen Militärgesellschaften begnügt sich die Kom-
mission einfach mit der Antwort der betreffenden Geistlichen, daß kirchlicherseits
der Annahme des Amtes nichts im Wege liege. Auf diese Weise kön-
nen auch gewissenlose ungläubige Geistliche in das Amt kommen. Für
Posen wünsche auch ich die Aufhebung des zwangsweisen Kirchenbe-
suchs. Aber der Konflikt ist so lokaler Natur, daß ich bitte, darum
nicht überhaupt mit einer Institution zu brechen, die sich so gut be-
währt hat.

Beim Kapitel Werftbetrieb wünscht Abg. Richter (Danzig) Aus-
kunft über den Charakter, den die Beiträge für die Unterstützungskassen
auf den Werften hätten.

Beim Reichspensionsfonds wird auf Anfrage des Abg. Richter
(Hagen) von dem preussischen Kriegsminister v. Rameke bestätigt,
daß bei Berechnung der Pension die vom Reichsgericht aufgestellten
Grundätze auch seitens der Verwaltung in Anwendung gebracht
würden.

Damit sind die fortdauernden Ausgaben erledigt.

Beim Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung befür-
wortet Abg. Liebknecht den Bau eines neuen Postgebäudes in
Offenbach und bringt einen Fall angeblicher Verletzung des Brief-
geheimnisses zur Sprache, dem der Staatssekretär Stephan unter
der Behauptung widerspricht, daß der qu. Brief durch den Unter-
suchungsrichter oder den Staatsanwalt mit Beschlag belegt gewesen
sei, die Post demnach keine Schuld treffe.

Bei den Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern giebt der
Staatssekretär des Reichsschatzamts, Scholz, die Erklärung ab, daß
die Regierung jetzt davon überzeugt sei, daß in der That eine Ge-
fährdung der Mühlenindustrie bei unveränderter Aufrechterhaltung der
Bestimmungen vom 11. Juli nicht ausgeschlossen sei und daß sie ihrer-
seits Erleichterungen vorschlagen habe. Der bezügliche dem Bundes-
rath vorzulegende Entwurf bezwecke, den Nachweis so weit einzu-
schränken, daß die Exportindustrie nicht ferner Klagen zu erheben habe.
Mit Rücksicht hierauf wird der auf Rückgewährung des gezahlten
Getreidezolls gerichtete Antrag Richter und Genossen zurückgezogen.

Zum Etat der Rübenzuckersteuer befürwortet Abgeordneter Ro-
land eine Herabsetzung der Exportprämie im Interesse der Rüben-
zuckerindustrie.

Der Etat der Eisenbahn-Verwaltung giebt dem Abgeordneten
Möller Veranlassung, eine Kollektivpetition von etwa 1000 rheinischen
Eisenbahnbeamten zur Kenntniß des Hauses zu bringen, in der durch-
aus gerechtfertigte Beschwerden in geheimer Form vorgetragen seien.
Von der Abfertigung dieser Petition an den Reichstag habe Abstand ge-
nommen werden müssen, weil der Minister Maybach den Petenten er-
öffnet habe, daß er die Kollektivpetition als subordinationwidrig be-
trachte. Welcher Weg, wenn nicht der der Petition, bleibe denn den
Beamten übrig, um ihren berechtigten Interessen Geltung zu ver-
schaffen?

Bundesratskomm. Geh. Rath Kinel bedauert, daß diese Angele-
genheit nicht bei der zweiten Lesung zur Sprache gebracht ist, da er
dann in der Lage gewesen wäre, sich zu informieren.

Abg. Richter (Hagen) erklärt sich gegen diese Verklammerung
eines staatsbürgerlichen Rechts und bringt einen Fall zur Sprache, in
dem ein Beamter, weil er sich aus Anlaß der Einreichung einer ab-
soluten Petition an ihn, den Redner, gewandt habe, seines Amtes ent-
lassen worden sei. (Hört! links.)

Abg. v. Kardorff findet bei einer so großen Verwaltung die
ergriffenen Maßregeln durchaus berechtigt, da sonst in der That dienst-
liche Unordnungen zu befürchten seien.

Abg. Lasker bittet die Konsequenzen derartiger Regierungs-
maßregeln nicht außer Acht zu lassen und kritisiert diese letzteren als
bureaucratische Unduldsamkeiten. Nur das müsse man von den Be-
amten verlangen, daß sie ihre Bittgesuche in anständiger Form vor-
brächten.

Abg. v. Deere man schließt sich diesen Ausführungen an.

Im Uebrigen wird bei diesem Etat der Antrag Schrader, der lediglich eine Konsequenz der Beschlüsse letzter Session ist, genehmigt. Damals war beschlossen worden, eine Reihe von Unterbeamtenstellen, die nur als diätetische vorgeschlagen waren, in den Etat einzustellen. Der genannte Antrag fixirt diese Stellen im Einzelnen.

Auf den Antrag des Abg. von Benda werden in die einmaligen Ausgaben eingestellt 7,775,000 M. als erste Rate für die Errichtung eines Reichstagsgebäudes; ein gleicher Betrag wird als Einnahme aus dem Reichstagsgebäudefonds eingestellt, der Zinseszins dieses Fonds aber um 200,000 M., der Kapitalverminderung entsprechend, herabgesetzt.

Beim Etat des Reichsschatzamt und zwar beim Titel „Münzwesen“ entspinnt sich eine Debatte.

Abg. Leuschner führt aus, daß die Goldausprägung in Deutschland in den letzten Jahren abgenommen und im Jahre 1881 nur noch 6½ Millionen Mark betragen habe. Die Vorräte an Silber, welche noch in den Händen des deutschen Reiches sich befinden, seien nur schwer und mit großen Verlusten veräußlich. Wenn das deutsche Reich die Geldwährung bei sich vollständig durchführen wolle, so müßte es die Silbervorräte vollständig abstoßen und werde dabei noch bedeutende, jetzt noch gar nicht zu berechnende Verluste erleiden. Aber nicht allein die Durchführung der Goldwährung in Deutschland drücke den Preis des Silbers herab, sondern es habe z. B. die holländische Regierung auf der internationalen Münzkonferenz in Paris erklärt, daß, falls nicht die anderen Staaten zu einer internationalen Vereinbarung über die Doppelwährung kommen würde, Holland die Absicht habe, zur Goldwährung überzugehen. Damit würde erstlich das Silber noch mehr entwerthet, dann aber der Goldkurs ein noch stärkerer werden. Es sei aber von Professor Gies in Wien nachgewiesen worden, daß die Goldproduktion der ganzen Welt nicht ausreiche, um den Uebergang auch nur der Hauptstaaten Europas und Amerikas zur Goldwährung zu ermöglichen. Es mache sich schon jetzt eine Goldnoth bemerkbar. Deutschland selbst habe auch eigentlich gar kein Interesse daran, die Goldwährung durchzuführen, da es selbst bedeutende Quantitäten Silber produziere; durch die Entwerthung des Silbers würde der nationalen Produktion ein großer Schaden zugefügt werden. Nebenbei richtet schließlich auf die Regierung die Frage, ob sie genehmigt sei, den internationalen Vereinbarungen zu Gunsten der Doppelwährung, welche von Seiten Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Nordamerika angeregt würden, mit oder ohne England beizutreten.

Am 4. Uhr wird die weitere Berathung bis Sonnabend 1 Uhr vertagt.

Politische Uebersicht.

Posen, den 28. Januar.

Im Hinblick auf die beginnenden Landtagsverhandlungen ist es nützlich, sich die dormalige Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses zu vergegenwärtigen. Die konservative Partei zählt 109, das Zentrum 96, die nationalliberale Fraktion 84, die Freikonservativen 49, die Fortschrittspartei 37, die Polen 19 Mitglieder; 35 Abgeordnete (darunter die Mitglieder der liberalen Vereinigung) gehören keinem Fraktionsverbande an. Diese Zusammenfassung ist, wie man sieht, wesentlich verschieden von der des gegenwärtigen Reichstages, namentlich nehmen die Konservativen eine ungleich bedeutendere Stellung ein und unter den Liberalen liegt der Schwerpunkt weit mehr bei den Nationalliberalen als im Reichstage. Konservative und Zentrum bilden keine Majorität, was für das Kirchengesetz von Bedeutung ist; es müssen zur Bildung einer konservativ-kerikalen Mehrheit mindestens noch die Polen oder die Freikonservativen hinzukommen. Im bisherigen Verlauf der Session kam die Majorität meist und bei den wichtigsten Fragen durch die beiden konservativen Fraktionen und die Nationalliberalen zu Stande.

Wie die „N.-L. C.“ erfährt, hat es den Anschein, als ob der Antrag Richter auf Einstellung einer Summe aus den Ueberschüssen des laufenden Etatsjahres, welche die Erhöhung der Matrikularbeiträge verhüten würde, morgen die Majorität im Reichstage finden werde. Wie es heißt, habe sich der Reichskanzler im Privatgespräche mit dem Antrage einverstanden erklärt. In diesem Falle würden die Konservativen ohne Zweifel dem entsprechend stimmen.

Ein großer Theil der gegen Reichstagswahlen erhobenen Anfechtungen wurde mit der Behauptung der Beeinflussung der Wahl der Arbeiter durch die Arbeitgeber begründet. Die Wahlprüfungskommission hat, in Uebereinstimmung mit früheren Entschlüssen des Reichstags, es stets abgelehnt, näher auf diese Fälle einzugehen, da sie der Ansicht war, daß solche Wahlbeeinflussungen von Arbeitgebern auf die in ihrem Lohn und Brod stehenden Arbeiter, seien sie direkt oder durch ihre Beamten ausgeübt, wenn auch als verwerflich entschieden mißbilligt werden müßten, doch nicht geeignet seien, Veranlassung zur Anfechtung der Gültigkeit der Wahl zu geben. Die Kommission hielt diese Anschauung auch Fällen gegenüber fest, wo Arbeitgeber die von ihnen im Erwerb abhängigen Arbeiter unter Androhung der Arbeitsentziehung zur Wahl eines bestimmten Kandidaten veranlaßt und solchen Arbeitern, welche diesem Verlangen nicht nachkamen, die Arbeit wirklich entzogen hatten.

Die „Polit. Korresp.“ in Wien bringt an der Spitze ihrer neuesten Nummer folgende Erklärung:

Als wir von den Aeußerungen Kenntniß erhielten, deren Gegenstand die „Politische Korrespondenz“ vorgefesselt im deutschen Reichstage gewesen war, säumten wir nicht, uns an Sr. Durchlaucht den deutschen Reichskanzler mit einer telegraphischen Rundgebung zu wenden, in der wir an Sr. Durchlaucht Wahrheitsliebe und Gerechtigkeitsgefühl nicht vergeblich appellirten. Sr. Durchlaucht hatte die Güte, unsere Depesche noch gestern auf telegraphischem Wege mit dem Ausdruck des Bedauerns über ein entstandenes „Mißverständniß“ zu beantworten. Sr. Durchlaucht der deutsche Reichskanzler erklärt nämlich, in dem Augenblicke, als jene Aeußerung eines Abgeordneten fiel, auf die er später replizierte, im Berathungs-Saale noch nicht anwesend gewesen zu sein. Fürst Bismarck hatte, als er das Wort nahm, nur im Allgemeinen vernommen, daß in der Debatte ein Wiener Organ genannt worden sei und Sr. Durchlaucht versichert uns ausdrücklich, mit der Bemerkung von „Wiener Blättern“, die in französischer Sprache stehen, unser Blatt in gar keiner Weise im Sinne gehabt zu haben. Wir danken Sr. Durchlaucht für diesen Akt der Gerechtigkeit und die uns so rasch gewährte Genugthuung.

Die Herausgeber der „Politischen Korrespondenz“.

Ferner wird aus Wien telegraphirt:

Die Redaktion der „Politischen Korrespondenz“ telegraphirt: Die „Tribüne“ behauptet aus Wien aus unmittelbarer Quelle zu wissen, Dr. Constantin Rößler sei der Berliner Korrespondent der „Polit. Korresp.“ In Wien existirt eine einzige Quelle, die befragterweise diese bezügliche Angaben machen könnte, nämlich die „Polit. Korresp.“ selbst. Die letztere hat weder der „Tribüne“, noch überhaupt Jemandem Mittheilungen darüber gemacht, so daß alle bisherigen Angaben über den Berliner Korrespondenten der „Politischen Korrespondenz“ pure Vermuthungen sind.

Ein Dementi ist das offenbar nicht, bemerkt die „N. Z.“ dazu, einmal in Bezug auf die auch im Reichstage genannte Persönlichkeit, am wenigsten aber in Bezug auf den hochoffiziösen Charakter des Berliner Mitarbeiters der „Polit. Korresp.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ versichert allerdings gestern, daß das genannte Wiener Organ „keine officiösen Mittheilungen von hier empfängt“. Wir glauben sehr gern, daß die Berliner Briefe der „Polit. Korresp.“ nicht mit dem Antsiegel einer Begörbe verschlossen nach Wien gehen; nichtsdestoweniger gehört ihr Verfasser zum Stab der hiesigen Regierungspresse, haben ferner alle hiesigen Regierungsblätter diese Briefe bisher als officiöse Rundgebungen behandelt, und ist bis vorgestern kein Wort des Dementis gegen diese Briefe gerichtet worden.

Aus Wien erhalten wir eine telegraphische Mittheilung vom 27. d., daß, wie dem „Tagblatt“ aus Cetinje berichtet wird, in den dortigen Kreisen der Kriegspartei große Niedergeschlagenheit herrsche. Ein Leiter der Aktionspartei, Djemercics, ist mit den dem montenegrinischen Aktionskomitee seit Januar 1880 zugeflossenen Geldern im Betrage von fast 10,000 Rubeln verschwunden. Von 300 nachgewiesenen Martinigewehren wurden in dem Keller von Djemercics nur 50 vorgefunden.

Wie uns ebenfalls telegraphisch vom 27. d. berichtet wird, meldet die „Politische Korrespondenz“ aus Sofia:

Am 25. d. Abends fand bei dem früheren Minister des Auswärtigen, Zankow, eine von 92 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher Balabanow eine äußerst heftige Rede gegen die bestehende Ordnung hielt, zur Entfernung des Fürsten Alexander und zur Vertreibung der russischen Offiziere aufforderte. Die Behörden haben Vorstehungsmaßregeln ergriffen; die Vernehmung Balabanows außer Landes dürfte unmittelbar bevorstehen.

Laut telegraphischer Meldung aus Paris vom 27. d. hatte Gambetta an diesem Tage eine Unterredung mit dem Präsidenten Grévy. Die über die Zusammenfassung des neuen Kabinetts unlaufenden Gerüchte sind verflücht, nur das wird als richtig bezeichnet, daß der Präsident Grévy Herrn Freycinet zu sich rufen ließ. Eine Lösung der Ministerkrise vor nächstem Sonntag gilt für unwahrscheinlich. Mehrere Journale erörtern die Schwierigkeiten, denen das neue Kabinet bezeugen werde, und sprechen die Vermuthung aus, daß ein reines Geschäftsministerium mit Leon Say als Konseilspräsidenten und Finanzminister gebildet werden würde. Der „Temps“ ist der Ansicht, daß das neue Kabinet jede, eine Revision der Verfassung betreffende Vorlage vertagen müsse.

Nach einer telegraphischen Mittheilung vom 27. d. schreibt das „Journal de St. Pétersbourg“:

Das Journal „Parlament“ drückt sein Erstaunen darüber aus, daß wir gesagt haben, zwei Mächte allein könnten nicht daran denken, die politische Situation in Egypten zu verändern und fügt hinzu, in dem Momente, wo Oesterreich von dem Panlawismus in der Perzequution bedroht sei, könnte es als wahrscheinlich gelten, daß das Kabinet von St. Pétersbourg Bedenken tragen würde, sich mit Oesterreich zur Vertheidigung der Suzeränität der Türkei in Egypten zu verbinden. Dem gegenüber sagt das „Journal de St. Pétersbourg“, es bestesse gar kein Zusammenhang zwischen der ägyptischen Frage und dem Aufstande in der Perzequution, Oesterreich stütze sich auf den Berliner Vertrag, England und Frankreich aber könnten sich auf keinen Vertrag als Grundlage ihrer Schritte berufen. Die Verträge müßten in gleicher Weise von allen Großmächten respektirt werden. Sollte noch eine Modifikation im Orient vorgeschlagen werden, so müßte sie die Billigung aller Mächte haben, darin beruhe auch die einzige Garantie für eine friedliche Lösung. Das Einvernehmen der Mächte würde der Lösung vorausgehen und zugleich den Frieden aufrecht erhalten, welcher für die Nationen die gebieterische Nothwendigkeit sei. Aber dieses Friedensbedürfnis könne nicht so stark sein, um Lösungen zu acceptiren, welche die eine oder die andere Macht aus eigener Initiative würde herbeiführen wollen, und es wäre nicht klug, das allgemeine Friedensbedürfnis auf diese harte Probe zu stellen.

Dem „Golos“ zufolge hatten in dem politischen Prozeß gegen Michael Trigonja und 21 Genossen sämtliche Angeklagte bis auf Nikolai Suchanow bei Zustellung der Anklage-Akte den Wunsch ausgesprochen, ihre Vertheidiger selbst wählen zu dürfen, nur Suchanow hatte die Bestellung eines Vertheidigers der besonderen Senats-Behörde überlassen. Die Vertheidigung Suchanow's ist hierauf dem Advokaten Unkowskij übertragen worden, die übrigen Angeklagten haben die angesehensten hiesigen Advokaten Spasowicz, Alexandrow Turischkaninow und Rjettschajew zu Vertheidigern gewählt. Trigonja wird von Spasowicz vertheidigt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 27. Januar. [Officiöse Presse-zeugnisse. Der Antrag Richter, von Benignen-Förder.] Die in den letzten Tagen durch die Aeußerungen des Fürsten Bismarck über die Wiener „Polit. Korresp.“ veranlaßten Erörterungen werden ohne Zweifel die Absicht verstärken, bei der diesmaligen Staatsberathung im Abgeordnetenhaus ein ernsthaftes Gericht über die Art und Weise zu halten, wie die officiöse Presse bei uns benützt wird. An einen äußeren Erfolg durch Absehung der betreffenden Geldmittel ist freilich — abgesehen davon, daß die Existenz des Wessensfonds den Beschluß praktisch bedeutungslos machen würde — wohl kaum zu denken; denn auch, falls alle Liberalen dafür stimmten, würde das Zentrum, das im Abgeordnetenhaus zusammen mit den beiden konservativen Fraktionen eine starke Mehrheit bilden kann, trotz seiner früheren Klagen über die officiöse Presse der Regierung wohl den Liebesdienst erweisen, für die Bewilligung einzutreten. Aber eine rückhaltlose Kritik und

die Aussicht auf Verweigerung in dem nächsten, wahrscheinlich keine konservativ-kerikale Majorität enthaltenden Abgeordnetenhaus wird doch nicht werthlos sein. Die heute hierher telegraphirte Erklärung der „Polit. Korresp.“ über die Angabe, daß der Direktor des literarischen Bureau's im Staatsministerium jener Berliner Korrespondent sei, welcher in dem Wiener Organ den „Konflikt“ ankündigte, klingt eher wie eine Bestätigung, als wie ein Dementi dieser Behauptung. Eine andere Version nennt eine Persönlichkeit, welche einem hiesigen officiösen Blatte nahe steht, als den Verfasser; indeß auf diese Frage der Autorschaft kommt insofern wenig an, als kein Mensch an dem hochoffiziösen Charakter der Berliner Briefe in der „Polit. Korresp.“ jemals gezweifelt hat oder jetzt zweifelt; wer sie also auch schreiben mag, der Unfug, daß mit allem Schein der Autorisation Ankündigungen in die Welt gesetzt werden, die hinterher einfach verleugnet werden, bleibt derselbe. Was man in dieser Beziehung betreffs der inneren Politik zu beklagen hat, ist bekanntlich ganz ebenso kürzlich auf dem Gebiete der auswärtigen geschehen, als Deutschland und das übrige Europa durch die Fabeln über die bevorstehende Einmischung des deutschen Reiches zu Gunsten des Papstes alarmirt wurde. Nimmt man die Polemik hinzu, welche gegen oppositionelle Parteien und Politiker officiös geführt wird, namentlich die Ausschreitungen der Wahlperiode, so ergibt sich allerdings ein Gesamtbild des Mißbrauchs der Presse, das wohl jeden unabhängigen Abgeordneten veranlassen kann, wenigstens jeden Antheil an der Verantwortlichkeit abzulehnen. — Der im letzten Augenblick zur dritten Lesung des Etats eingebrachte Richtersche Antrag, rund 10 Millionen Mark aus den auf 15 Millionen geschätzten Ueberschüssen des laufenden Jahres in den Etat einzustellen, um die Matrikularbeiträge um so viel zu vermindern, wird wohl angenommen werden. Der auf Preußen fallende Antheil würde mehr als genügen, um das kleine Defizit, das Herr Bitter berechnet hat, auszugleichen und die Aufnahme der zur Deckung desselben bestimmten Anleihe überflüssig zu machen. Möglicherweise ist die Absicht des Antragstellers aber eine andere: die durch die Annahme des Antrags für Preußen gegen den Etatsentwurf frei werdende Summe zur Erhöhung des Steuererlasses zu benutzen und auf diese Weise abermals die Regierung zu überbieten, wie es in der voriaen Session dadurch geschah, daß auf den Vorschlag der Fortschrittspartei der nur für das eine Etatsjahr vorgeschlagene Erlaß definitiv erfolgte. Die Einstellung von Ueberschüssen des laufenden Jahres in den Etat würde aber eine Abweichung von den im Allgemeinen beobachteten finanziellen Regeln sein, welche sich bei dem nächsten Etat durch einen entsprechenden Ausfall rächen würde. — Man begnügt der Ansicht, daß die Verfassung des Herrn v. Bennigsen-Förder, des bisherigen lauenburgischen Landraths, an die Posener Polizeidirektion als Hilfsarbeiter eigentlich die Bedeutung einer Aufforderung habe, den Abschied zu nehmen. Herr v. Bennigsen-Förder hat nicht studirt, also nicht die gewöhnliche höhere Verwaltungs-Karriere durchgemacht, so daß die Thätigkeit bei einer Verwaltungsbehörde in unbekannten Verhältnissen ihm wohl einigermaßen schwer werden dürfte.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 27. Januar. Die Börse ist geschäftslos. — Heute Abend findet eine Versammlung der gesamten Coullisse statt, um über die Situation zu berathen.

Washington, 27. Januar. Der Präsident hat dem Senate die diplomatische Korrespondenz, welche zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und Peru und Chili geführt worden ist, mitgetheilt. Eine Depesche Frelinghuysen's, des Nachfolgers Blaine's, an Trescott, den amerikanischen Spezialgesandten für Chili und Peru, vom 9. d. M. sagt, der Präsident habe die Instruktion Blaine's an Trescott zurückgenommen und erenne Chili und Peru als unabhängige Mächte an, denen gegenüber der Präsident weder das Recht noch auch den Willen habe, als ein Befehlender aufzutreten. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei lediglich bestrebt, ihre guten Dienste unparteiisch bei den kriegführenden Mächten anzuwenden, damit das Ende des Krieges herbeigeführt werde. Der Präsident beabsichtige keineswegs eine Konferenz der südamerikanischen Staaten, wie dies in der Depesche Blaine's an Trescott vorgeschlagen worden sei, da dieselbe nur eine partielle sein würde und Eifersucht und Uebelwollen erzeugen könnte. Der chilenische Gesandte zu Washington habe Frelinghuysen anfangs dieses Monats mündlich die Versicherung gegeben, daß die Verhaftung Calderons keineswegs durch eine feindliche Gesinnung gegen die Vereinigten Staaten hervorgerufen sei, Frelinghuysen habe diese Erklärung mit Befriedigung entgegengenommen.

Definitives Nachwahleresultat.

Wahlkreis 4. Gufum-Löndern. Abgegeben 9159 Stimmen, davon für G. A. Richter (Fortschr.) 5210, für B. Ingwerfen (lib.) 2946, für Lorenz Edding (kons.) 928 Stimmen.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 165. kgl. preuß. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parentese beigefügt.) (Ohne Gewähr.)

Berlin, 27. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

10	237	58	363	403	20	(600)	70	529	78	85	657	83	87	90	
708	47	821	946	87	96	1032	55	(300)	135	58	222	31	71	83	89
(1500)	357	407	24	54	71	76	559	608	32	53	727	35	(600)	37	50
870	(600)	88	2004	27	61	123	220	(300)	44	55	78	439	(300)	45	68
519	650	91	709	21	94	860	62	68	3002	51	(300)	69	157	288	592
611	39	51	52	78	85	(600)	717	(600)	83	861	91	(600)	942	80	4036
61	126	209	18	21	(3000)	69	80	368	635	73	764				

(1500) 72 93 823 37 (300) 69 72 925 64 82 (1500). 5017 77 84
85 109 23 285 389 439 42 50 (600) 63 534 90 639 797 808
86 904 20 (3000) 42. 6042 85 98 187 241 62 311 12 98 446
53 (1500) 69 (3000) 514 17 25 30 49 609 742 77 801 978 (3000)
82. 7086 126 84 269 304 36 46 500 611 31 32 74 97 749 (3000)
809 21 64 69 73 87 (300) 917 27. 8244 (300) 318 50 85 454 55
522 90 605 51 70 (300) 71 (300) 85 87 785 844 51 78 (300) 988.
9012 38 102 9 27 32 (300) 236 52 68 76 370 475 80 (600) 95
515 68 82 645 702 844 51 903 10.
10048 (3000) 70 91 193 268 98 301 7 66 80 93 95 491
528 (3000) 79 (300) 97 617 60 86 763 901. 11228 (3000) 83
(1500) 326 66 (600) 487 535 73 969. 12094 112 23 85 87 94
(300) 95 213 562 607 78 86 732 44 54 92 824 86 52 56 73 82
87 924 97. 13020 40 58 79 (75,000) 113 35 52 209 79 82 (3000)
324 449 73 82 (300) 544 (300) 51 703 (300) 5 13 85 967 91.
14011 37 73 148 67 73 308 69 80 485 542 47 82 714 65 879
903. 15006 (600) 54 59 94 251 (600) 92 301 (300) 406 18 60
517 61 71 97 620 79 89 704 (300) 16 54 (300) 804 11 27 81
(1500) 930 64. 16038 100 200 77 (300) 95 302 3 43 85 94
411 64 74 78 573 649 52 792 829 961 69. 17079 (300) 150
58 203 8 50 (300) 65 324 (1500) 51 63 (1500) 418 (3000) 79
(300) 95 510 48 606 724 60 82 95 99 802 (600) 75 76 (600) 96
(300) 926 73 76 78. 18061 (300) 71 99 191 501 59 733 (300)
98 832 67 908. 19073 125 212 62 81 356 75 (300) 96 479
98 526 (300) 44 83 748 58 878 87 920 55 72 (300).
20130 214 18 315 461 75 89 517 24 665 725 50 (300)
82 920 64. 21017 52 (300) 55 65 132 71 206 50 354 56 (300)
61 404 6 49 60 75 80 97 820 (600) 38. 22047 103 (3000) 45
(300) 59 265 67 68 324 401 43 48 583 611 50 (3000) 714
(300) 41 53 59 72 829 47 944. 23040 98 151 68 83 216 (600)
19 23 (300) 71 (300) 87 322 27 88 430 87 500 11 57 640 718
882 (600) 914 (6000) 32 63. 24004 13 17 95 197 219 41 99
(1500) 327 82 88 408 12 63 (6000) 69 (300) 95 780 95 692
760 927 58 (300). 25016 92 292 392 421 81 617 752 68 73
81 93 97 805 66 (300) 910 (1500) 46 55 57 91. 26005 261 (300)
89 338 (3000) 81 463 76 639 46 50 62 700 16 800 33 43 996.
27017 (300) 38 44 57 121 70 260 71 92 303 (600) 532 68 77
604 18 77 789 807 931 77. 28020 127 49 50 56 (600) 95 (600)
208 312 25 434 510 24 46 52 55 659 90 745 95 912 42
29127 216 22 83 405 31 39 83 5'0 607 27 30 75 735 80 (300)
824 68 99 902 38 46 (3000).
30023 42 79 100 (300) 22 41 50 213 353 66 (3000) 447
(3000) 73 87 714 22 (300) 33 52 (300) 942 91 93 99. 31088 103
8 (6000) 77 (300) 235 (3000) 78 86 89 92 93 325 39 42 406
(1500) 66 (300) 589 605 (300) 21 23 46 796 840 940 76.
32028 70 (600) 133 229 53 (1500) 401 33 54 562 663 714
(300) 16 67 75 96 828 (600) 901 58. 33069 94 137 213 41
318 31 41 48 (300) 412 21 61 93 537 50 77 601 (1500) 745 53
(600) 58 70 839 (1500) 45 913 (300) 33 46. 34000 31 56 194
(300) 95 201 (300) 15 27 57 79 374 416 539 87 601 (600) 4
81 732 34 51 (3000) 853 (600) 83 903 42 99. 35104 78 (600)
79 208 42 49 (600) 70 85 89 360 66 412 65 525 (300) 609 82
(300) 729 45 825 29 928 49 50. 36003 33 69 110 200 15 32
374 456 66 (1500) 500 53 619 (300) 722 36 878 (600) 90 904
51 (3000) 55 (600) 78 (1500). 37131 287 308 84 402 21 68
581 611 72 (1500) 99 776 852. 38100 63 78 203 38 89 360
61 93 408 27 59 (600) 551 72 (300) 81 641 706 13 804 904
34 43 80. 39004 47 126 230 62 93 316 75 96 456 (3000) 69
72 503 24 604 769 98 (300) 867 (300) 97 918.
40050 202 304 10 54 422 537 667 99 (1500) 720 809
19 96 906 26 (300) 73. 41007 25 39 (300) 72 92 (300) 157 207
(300) 51 76 (600) 84 352 423 (300) 26 (1500) 34 60 64 502 82
604 18 (3000) 891 976 98. 42101 212 (600) 29 31 (1500) 325
46 421 37 (300) 42 501 49 613 31 775 801 21 94 (600) 905
53 96 (3000). 43022 34 48 51 62 286 315 35 40 43 (300) 68
454 97 549 54 (600) 617 27 55 747 91 907 73. 44002 107
60 62 78 210 75 304 32 74 443 48 94 546 95 608 11 40 46 95
(300) 715 24 43 805 909. 45149 342 408 15 43 575 604 66
69 89 739 840 62 915 64 83 84. 46099 110 44 59 (3000) 239
85 330 66 (600) 430 31 33 56 545 99 609 86 (600) 794 823
934 69. 47110 (3000) 236 43 98 (1500) 325 436 48 68 501 54
56 82 713 14 18 34 (3000) 42 805 939 (30,000) 69 (1500). 48022
23 105 6 56 208 315 (300) 44 479 87 546 69 708 (1500) 19
804 (3000) 34 44 74 915 50 (600) 71 (3000). 49003 49 309 42
62 76 501 78 602 (300) 31 41 62 64 774 832 43 73
75 978 86.
50008 43 68 96 140 76 255 56 391 418 505 15 24 620
41 65 (3000) 756 822 26 35 939 88. 51023 62 167 68 331 93
400 14 57 62 71 535 59 (600) 94 700 34 43 (1500) 893 99 943
96. 52020 80 95 130 (300) 50 88 210 74 308 413 (300) 14 20 99
541 59 645 746 72 837 38 59 (300) 966 (300). 53060 82 (600)
161 269 72 95 315 20 53 61 459 63 525 31 51 63 74 75 80 82
612 28 90 724 46 85 88 841 54 62 83 (300) 916 45 93. 54032
51 58 139 86 206 14 34 (600) 85 301 99 513 54 65 608 722
881. 55006 56 69 144 45 57 (300) 201 333 50 (300) 74 406
9 (300) 14 77 519 81 611 30 62 69 86 92 701 21 (300) 25 49
75 997. 56078 (3000) 90 137 38 205 77 309 427 85 564
(600) 74 732 61 (1500) 75 807 (15,000) 12 14 80 912 (1500) 34 41
85 93 (3000). 57099 (300) 238 327 72 410 (300) 27 (300) 38
511 74 81 629 45 (300) 715 24 828 932 75 (1500). 58036 89
105 49 (15,000) 91 (1500) 221 57 93 (300) 344 67 (600) 78 (600)
427 69 (300) 635 60 634 709 35 801 (300) 75. 59002 104 89
206 16 300 7 (300) 20 (1500) 535 64 79 99 705 18 84 817 60
80 86 98 922 56.
60000 155 294 (300) 312 82 502 10 648 62 738 (300) 59
898 (300) 925 (3000) 61 87. 61034 242 56 (300) 69 84 408 82
503 (300) 76 657 760 75 878 (300) 93 924 37 47. 62160 (3000)
61 215 70 344 53 68 74 (300) 461 540 (600) 628 92 729 44
(600) 92 (300) 844 49 955 82. 63038 63 120 27 341 70 89
(600) 503 39 79 620 77 85 703 31 64 953 69 83. 64128 52 88
238 300 10 16 26 86 89 465 78 581 90 600 (1500) 15 705
21 55 819 62 93 951 62. 65043 66 71 79 (600) 213 38 45 93
373 75 426 (300) 534 75 80 647 66 96 701 (300) 31 57 857 79
923 (600) 24 36 (600). 66028 32 95 116 18 98 254 59 (300) 447
(600) 88 (600) 92 97 571 614 39 53 59 723 75 91 820 74 907
21 57 (600) 97. 67079 146 55 (600) 330 70 446 (600) 550 84
692 906 17 34 66 67 (300). 68065 (300) 87 116 217 27 30 57
308 71 414 73 77 595 643 64 (300) 68 95 (300) 755 92 860 69
945 48 50 (600). 69009 (300) 90 (600) 92 160 238 (3000) 40 51
76 (300) 99 334 41 (300) 81 99 465 512 62 (3000) 631 51 700
(600) 33 43 58 64 (3000) 879 900 6 38.
70023 32 (600) 72 98 166 228 35 330 (1500) 53 474 529
45 (1500) 85 91 95 (300) 624 50 71 82 83 703 17 817 29 78 93
949 59. 71238 (300) 84 300 (300) 16 38 (3000) 64 489 545 56
82 98 618 730 886 (600) 93. 72116 18 237 397 (600) 544 49
93 644 50 795 829 45 913 (300) 28 48 65 99. 73079 80 120
49 232 345 97 99 427 44 50 501 51 72 610 87 95 799 802
58 88 91 966. 74162 205 6 (1500) 37 59 362 73 (3000) 430
(600) 55 549 69 614 719 866 (3000) 92 (300) 991. 75149 67
74 250 413 35 41 65 82 85 (1500) 90 527 81 607 19 47 761 63
92 860 78 79 83 916 25 62. 76022 34 59 61 131 82 253 87
304 (300) 79 455 504 7 8 (3000) 34 627 54 76 704 8 52 64 86
808 910 23 28 33 59 85. 77038 (300) 54 79 95 276 (300) 323
47 565 86 88 647 72 767 (300) 76 92 808 40 (1500) 928 43 75.
78178 415 (6000) 31 36 91 95 502 11 632 (1500) 52 76 91 715
54 802 57 (300) 83 (3000) 980. 79031 73 151 (600) 80 (600) 310
404 (300) 576 628 56 717 812 85 95 (300) 99 960 (1500) 95.
80031 (600) 45 (300) 98 254 326 52 (600) 416 (600) 33 96

513 28 33 51 59 82 86 625 27 780 (600) 800 23 (600) 33 84 85
(600) 927 68 73. 81108 20 24 (1500) 97 259 71 88 92 422 98
502 5 675 816 78. 82071 117 31 62 88 200 29 60 66 303 37 406
20 36 47 539 42 59 (300) 666 89 (3000) 710 46 67 87 98 (300)
881 (3000) 836 92. 83031 64 74 (3000) 140 87 264 96 318 44
489 546 675 725 52 58 61 (600) 93 846 (300) 71 959 66 (600)
72 98 (300). 84099 (300) 188 228 51 320 (300) 86 (300) 441
51 54 535 54 58 97 621 32 33 47 773 84 832 (300) 62 64 (300)
79 918 19 77. 85003 7 25 82 170 (600) 371 433 617 55 711
94 911 54 99. 86030 61 72 92 124 44 53 81 243 82 303 11 40
60 75 401 12 49 56 535 53 640 (1500) 43 93 97 725 78 819
86 912 15 23 95. 87135 85 242 89 322 59 64 (1500) 402 16
509 (1500) 82 628 (600) 763 920 26. 88062 155 345 423
588 625 717 92 843. 89213 34 65 301 13 483 508 20 (300)
73 632 61 719 (300) 38 836 976 90.
90028 137 271 319 480 (300) 536 51 82 89 677 93 768
805 14 27 41 (300) 55 58 903 33 (1500) 94. 91051 (1500) 66 249
395 427 83 99 506 70 (1500) 88 608 (1500) 51 82 801 31 (600)
925 36 66 91. 92024 (300) 144 (300) 319 34 50 (300) 84 414
46 525 83 (300) 612 734 44 74 99 875 910 38 71. 93049 50
61 (300) 69 142 74 94 250 61 76 77 95 345 65 90 408 66 543
47 615 58 92 728 (600) 93 900. 94001 12 47 72 93 99 (300)
317 26 (300) 30 71 404 28 72 88 94 522 33 608 45 732 37 51
52 810 85 98 932 33 79.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen
im Januar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. redig. in mm. 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
27. Nachm. 2	768,5	SW mäßig	bedeckt Nebel	0,0
27. Abends. 10	768,3	W mäßig	bedeckt	+0,1
28. Morgs. 6	767,6	SW schwach	bedeckt Nebel	-1,3
Am 27. Wärme-Maximum + 1°5 Cels. Wärme-Minimum - 2°2				

Wetterbericht vom 27. Januar, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nach Meeresniv. redig. in mm.	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
Kullagbmore	—	—	—	—
Aberdeen	765	SW	4 halb bedeckt	9
Kristiansund	761	SW	3 wolfig	6
Kopenhagen	773	WSW	2 Nebel	0
Stockholm	768	WSW	4 wolkenlos	1
Papayanda	756	SW	4 wolfig	2
Petersburg	—	—	—	—
Moskau	768	N	1 wolfig	-1
Corf. Queenst.	766	SW	5 wolfig	9
Brest	771	SW	2 heiter	9
Gelber	774	S	1 Nebel	-2
Sylt	774	SW	2 bedeckt	2
Hamburg	775	SW	1 Nebel	-3
Swinemünde	775	S	3 Nebel	-1
Neufahrwasser	777	SW	2 Dunst	-0
Memel	775	WSW	4 bedeckt	3
Paris	—	—	—	—
Münster	774	SW	1 wolkenlos	-5
Karlsruhe	778	SW	1 Nebel	-6
Miesbaden	777	SW	1 bedeckt	-4
München	776	SW	1 halb bedeckt	-8
Leipzig	779	SW	1 wolkenlos	-5
Berlin	776	W	1 Nebel	-2
Wien	—	—	—	—
Breslau	777	SW	2 Nebel	-2
Nie d'Arg.	—	—	—	—
Riga	—	—	—	—
Triest	—	—	—	—

1) Seegang mäßig. 2) Raufrost. 3) Morgens Nebel, Seegang mäßig. 4) Abends dunstig. 5) Nebel. 6) Raufrost, Abends Nebel. 7) Reif.

Skala für die Windstärke:
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = harter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet:
1. Nordeuropa, 2. Küstengebiet von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingezeichnet.

Uebersicht der Witterung.
Während das Barometer fast auf dem ganzen Gebiet gesunken ist, hat sich die Luftdruck-Verteilung wenig verändert. Ueber Zentral-Europa dauert das ruhige, vielfach neblige oder dunstige Wetter fast unverändert fort. Mit Abnahme der Bevölkerung ist es meist etwas kälter geworden, so daß sich das Frostgebiet jetzt über ganz Deutschland ausgebreitet hat; nur auf Sylt und an der ostpreussischen Küste herrscht noch Thaumeter. Indessen dürfte sich mit Eintritt von südwestlichen Winden die erhebliche Erwärmung, welche vorm Kanal eingetreten ist, auf das westliche insbesondere auf das westliche Deutschland fortsetzen.
Deutsche Schwärme.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 27. Januar: Morgens 1,16 Meter.
" " 27. " Mittags 1,18 " " " 28. " Morgens 1,18 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.
Frankfurt a. M., 27. Januar (Schluß-Course.) Matt.
Lond. Wechsel 20,39. Paris do. 81,11. Wiener do. 170,80. R.-M. 126½. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 97½. R.-M.-Br.-Anth. 94½. Reichsanl. 100½. Reichsbank 146½. Darmst. 147½. Meiningen 94½. Dett.-ung. St. 685,00. Kreditaktien 238. Silberrente 63½. Papierrente 62½. Goldrente 77½. Ung. Goldrente 71½. 1860er Loose 118½. 1864er Loose 316,00. Ung. Staatsl. 214,80. do. Ostb.-Obl. II. 93½. Böhm. Westbahn 250. Elisabethb. —. Nordwestbahn 169. Galizier 238½. Franzosen 243½. Lombarden 97½. Italiener 85½. 1877er Russen 87. 1880er Russen 69½. II. Orientanl. 57½. Zentr.-Pacific 110½. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57½. Wiener Bankverein 95½. ungarische Papierrente —. Buschthaber —. Junge Dresdner —.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 237½, Franzosen 243½, Galizier 238½, Lombarden 98½, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.
Frankfurt a. M., 27. Januar. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 241. Franzosen 245½. Lombarden 99. Galizier 240. österr. Goldrente —. ungarische Goldrente —. II. Orientanl. —. österr. Silberrente —. Papierrente 62. II. Orientanl. —. ungar. Papierrente —. 1880er Russen —. Darmstädter Bank —. 4 pSt. Ungar. Goldrente —. Wiener Bankverein —. Diskonto-Kommandit 175½. 1860er Lose —. Fest.
Wien, 27. Januar. (Schluß-Course.) Die Börse hatte in Folge des günstigen Verkaufs des Zahlungs festes Verfehrs, war aber schließlich durch die Berliner Meldungen gedrückt.

Papierrente 73,20. Silberrente 74,70. Österr. Goldrente 91,40. Ungarische Goldrente 117,50. 1854er Loose 116,00. 1860er Loose 129,75. 1864er Loose —. Kreditlose 176,00. Ungar. Prämienl. 113,00. Kreditaktien 270,00. Franzosen 285,00. Lombarden 118,00. Galizier 281,00. Kasch. Oberb. 138,00. Pardubitzer 149,50. Nordwestbahn 199,00. Elisabethbahn 204,00. Nordbahn 2420,00. Österr. ungar. Bank —. Tür. Loose —. Unionbank 112,75. Anglo-Austr. 112,75. Wiener Bankverein 104,50. Ungar. Kredit 256,50. Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 119,65. Pariser do. 47,60. Amsterdamer do. 98,50. Napoleons 9,53½. Dufaten 5,61. Silber 100,00. Marknoten 58,60. Russische Banknoten 1,22. Lemberger Gernowis —. Kronpr.-Rudolf 162,00. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —.
4 pSt. ungar. Bodencredit-Bandbriefe —. Elbthal 202,50. ungarische Papierrente 83,10. ungar. Goldrente 82,75. Buschthaber B. —. Ung. Präm. —. Escompte —.
Nachbörse: Österr. Kreditaktien 268,75. Anglo-Austr. —.
Paris, 27. Januar. (Schluß-Course.) Stagnirend. Union generale gedrückt.
3proz. amortisirt. Rente 81,90. 3proz. Rente 82,05. Anleihe de 1872 113,67½. Italien. 5proz. Rente 85,50. Österr. Goldrente —. 6pr. ungar. Goldrente —. 4proz. ungar. Goldrente 70,00. 5proz. Russen de 1877 87. Franzosen 610,00. Lomb. Eisenbahn-Aktien 250,00. Lomb. Prioritäten 27,00. Türken de 1865 11,55. Türkenlose 45,60. III. Orientanleihe 55,50.
Credit mobilier 600. Banque ottomane 715. Union gen. 950. Credit foncier 1540,00. Egypter 321,00. Banque de Paris 1100,00. Banque d'escompte 730,00. Banque hypothecaire —. Londoner Wechsel 25,13. 5proz. Rumänische Anleihe —.
Banque de Lyon et la Loire 380,00.
Paris, 26. Januar. Bonnard-Ver

